

Abgeordnetenhausberlin

18. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Plenarprotokoll

46. Sitzung

Donnerstag, 12. September 2019

Inhalt		Seite	Inhalt	Seite
3.51			Regierender Bürgermeister	
Mitteilungen des Präsidenten und		5.4.40	Michael Müller	5461
Ges	chäftliches	5442	D @ 1/2 E #66 / 1	
	Neue Staatssekretärin Vera Junker	5442	Definitiver Eröffnungstermin des Flughafens BER	5461
	Anträge auf Durchführung einer		Oliver Friederici (CDU)	5461
	Aktuellen Stunde	5/1/2	Senator Dr. Matthias Kollatz	
	Aktuenen Stunde	3442	Oliver Friederici (CDU)	
1	Aktuelle Stunde	5442	Senator Dr. Matthias Kollatz	
		5772	Andreas Otto (GRÜNE)	
	gemäß § 52 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin		Senator Dr. Matthias Kollatz	
	Wohnungslosenhilfe stärken	5442	Aufträge der FBB an die Firma Beton &	
		5112	Rohrbau 2.0 GmbH	5463
	(auf Antrag der Fraktion Die Linke)		Carsten Schatz (LINKE)	5463
	Stefanie Fuchs (LINKE)	5442	Senator Dr. Matthias Kollatz	
	Maik Penn (CDU)		Carsten Schatz (LINKE)	5464
	Ülker Radziwill (SPD)		Senator Dr. Matthias Kollatz	
	Herbert Mohr (AfD)		Harald Gindra (LINKE)	
	Stefan Ziller (GRÜNE)		Senator Dr. Matthias Kollatz	
	Thomas Seerig (FDP)			
	Senatorin Elke Breitenbach		Empfehlungen des Expertenkreises zum	
	Maik Penn (CDU)		Masterplan Solarcity	5464
	Senatorin Elke Breitenbach		Dr. Stefan Taschner (GRÜNE)	
			Bürgermeisterin Ramona Pop	
2	Fragestunde	5459	Dr. Stefan Taschner (GRÜNE)	
	comë 0 5 51 dan Casabë fisandayana		Bürgermeisterin Ramona Pop	
	gemäß § 51 der Geschäftsordnung		Daniel Buchholz (SPD)	
	des Abgeordnetenhauses von Berlin			
	CDU-Vorschlag einer Zuzugssperre	5459	Bürgermeisterin Ramona Pop	3400
	~ ~ ~ ~ ~ ~ ~ ~ ~ ~ ~ ~ ~ ~ ~ ~ ~ ~ ~		Offizieller Empfang des Teheraner	
	Iris Spranger (SPD)	5459	Bürgermeisters	5467
	Regierender Bürgermeister	5.450	II D1 (A4D)	5167
	Michael Müller		Hanno Bachmann (AfD)	346/
	Iris Spranger (SPD)	5460	Regierender Bürgermeister	5167
	Regierender Bürgermeister	E 4.60	Michael Müller(A.CD)	
	Michael Müller		Hanno Bachmann (AfD)	5467
	Daniel Buchholz (SPD)	5461		

Die Veröffentlichungen des Abgeordnetenhauses sind bei der Kulturbuch-Verlag GmbH zu beziehen. Hausanschrift: Sprosserweg 3, 12351 Berlin-Buckow · Postanschrift: Postfach 470449, 12313 Berlin. Telefon: 6618484, Telefax: 6617828.

Priorität der Fraktion der SPD 5473

Regierender Bürgermeister

4.1

	Michael Müller	. 5467			
	Sebastian Walter (GRÜNE)	. 5468	7	Fünfundzwanzigstes Gesetz zur Änderung	
	Regierender Bürgermeister			des Landesabgeordnetengesetzes	5473
	Michael Müller	. 5468		Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion	
	Abgänge aus psychiatrischen Kliniken	. 5468		der CDU, der Fraktion Die Linke, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der	
	Marcel Luthe (FDP)	. 5468		Fraktion der FDP	
	Senatorin Dilek Kalayci			Drucksache <u>18/2147</u>	
	Marcel Luthe (FDP)				
	Senatorin Dilek Kalayci			Erste Lesung	
	Christian Buchholz (AfD)			in Verbindung mit	
	Senatorin Dilek Kalayci				
	Fußballturnier im Görlitzer Park		38	Änderung der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin (GO	
	Kurt Wansner (CDU)	5469		Abghs)	5474
	Senatorin Regine Günther			Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion	
	Kurt Wansner (CDU)			der CDU, der Fraktion Die Linke, der	
	Regierender Bürgermeister	. 5470		Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der	
	Michael Müller	5470		Fraktion der FDP	
	Holger Krestel (FDP)			Drucksache 18/2148	
	Regierender Bürgermeister	. 5470			
	Michael Müller	5470		Torsten Schneider (SPD)	
	ivilender iviturier	. 5470		Martin Trefzer (AfD)	
	Vorgehen des Eichamts	. 5470		Torsten Schneider (SPD)	
	_			Heiko Melzer (CDU)	
	Carsten Ubbelohde (AfD)			Andreas Wild (fraktionslos)	
	Bürgermeisterin Ramona Pop			Heiko Melzer (CDU)	
	Carsten Ubbelohde (AfD)			Steffen Zillich (LINKE)	
	Bürgermeisterin Ramona Pop			Frank-Christian Hansel (AfD)	
	Harald Laatsch (AfD)			Sven Kohlmeier (SPD)	
	Bürgermeisterin Ramona Pop	. 54/1		Frank-Christian Hansel (AfD)	
	Delicioneuntennicht an den Teltene			Daniel Wesener (GRÜNE)	
	Religionsunterricht an der Teltow- Grundschule	5472		Martin Trefzer (AfD)	
	Grunuschule	. 34/2		Daniel Wesener (GRÜNE)	
	Marc Vallendar (AfD)			Paul Fresdorf (FDP)	548
	Senatorin Sandra Scheeres			Persönliche Bemerkung gem. § 65 GO	
	Marc Vallendar (AfD)	. 5472		Abghs	5/100
	Bürgermeister Dr. Klaus Lederer			_	
	Paul Fresdorf (FDP)	. 5472		Frank-Christian Hansel (AfD)	5488
	Senatorin Sandra Scheeres	. 5472		Ergebnis	5488
	Erstarken der Gruppe "Rote Hilfe"		4.2	Priorität der Fraktion der CDU	5489
	Christian Buchholz (AfD)		20.4	NT 4 1º A10 4º 1 1404	
	Senator Andreas Geisel		38 A	Notwendige Abfertigungskapazitäten am	
	Christian Buchholz (AfD)			BER sicherstellen – wann wird das	
	Senator Andreas Geisel			Terminal 2 in Betrieb genommen	7.40 0
	Burkard Dregger (CDU)			werden?	5489
	Senator Andreas Geisel	. 5473		Dringlicher Antrag der Fraktion der CDU	
4	Prioritäten	. 5473		Drucksache 18/2174	
	gemäß § 59 Abs. 2 der Geschäftsordnung			Oliver Friederici (CDU)	
	des Abgeordnetenhauses von Berlin			Stefan Evers (CDU)	
	des riogeoranetennauses von Bernin			Oliver Friederici (CDU)	5489
				Zitieren von Senatsmitgliedern	
				(Senator Dr. Matthias Kollatz)	5490
				Oliver Friederici (CDU)	5490

(Vizepräsidentin Cornelia Seibeld)

Grünen und der Fraktion der FDP Drucksache <u>18/2147</u>

Erste Lesung

in Verbindung mit

Ifd. Nr. 38:

Änderung der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin (GO Abghs)

Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion Die Linke, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP Drucksache 18/2148

Ich eröffne die erste Lesung zum Gesetzesantrag. In der Beratung beginnt die Fraktion der SPD, und hier der Kollege Schneider. – Bitte schön!

Torsten Schneider (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Gäste! Das Abgeordnetenhaus hat sich auf den Weg gemacht, und jedenfalls fünf Fraktionen haben sich verabredet, eine kritische Reflexion der Arbeit zugrunde zu legen und zu einer Neubewertung und Justierung zu kommen.

Ausgangspunkt ist der Befund, dass wir in den Fachausschüssen über 1 200 unerledigte Vorgänge haben. Was den Parlamentarischen Geschäftsführer Schneider am meisten stört – und zwar von Anbeginn –, ist, dass die Parlamentarischen Geschäftsführer bis zu zwei Drittel der Tagesordnung hinter dem präsidialen Stuhl abräumen, weil wir es nicht schaffen. – Das ist ein Befund, der uns zum Nachdenken anhalten muss, und deshalb liegen heute die entsprechenden Vorschläge auf dem Tisch.

Ich will das aber in ein Papier vom 3. Dezember 2018 einordnen, das mir bekannt ist. Das hat im Wesentlichen zwei oder sogar drei Vorschlagsaspekte – erstens: Die Abgeordneten des Berliner Abgeordnetenhauses mögen eine Diät von 8 104 Euro monatlich erhalten. – Zweitens: Das Parlament möge verkleinert werden, also halbiert oder auf maximal 90 Sitze. – Und drittens: Die Bürgerbüros werden wieder eingesammelt, weil sie dann ja nicht mehr benötigt würden.

Nun hat das in den Überlegungen der Fraktionen keine Rolle gespielt, und das hängt nicht nur mit dem Adressaten zusammen, nämlich den Bund der Steuerzahler. Aber es ist trotzdem interessant, das zu wissen: Die Diätenhöhe ist jedenfalls selbst bei denen nicht strittig.

Was aber eine Rolle spielt – und dazu komme ich heute trotz persönlicher Unpässlichkeit her –, ist die Debatte um die Parlamentsverkleinerung, denn da haben wir es uns nicht leicht gemacht. Wir hatten einen Konsens erzielt – und das hat ja im Ältestenrat mehrfach eine Rolle

gespielt –, dass wir zwar gegensteuern müssen, aber bei der über Jahrzehnte erarbeiteten Überwachungs- und Kontrolldichte dieses Hauses aus verschiedenen Erwägungen keine Abstriche vorzunehmen gedenken.

[Ronald Gläser (AfD): Versorgungsdichte!]

Das ist der Konsens von fünf Fraktionen in diesem Haus. Ich will das einmal in die jüngere Vergangenheit einordnen: Meine persönliche Auffassung ist, dass am Ende und am Beginn, jedenfalls am Ende einer parlamentarischen Demokratie immer die Gefahr einer Diktatur besteht. Ob wir das heute bewerten, was das schottische Berufungsgericht gestern zur Beschränkung parlamentarischer Kontrollrechte gesagt hat oder was der Europäische Gerichtshof vorgestern oder diese Woche jedenfalls zu Justizgesetzen in Polen gesagt hat oder was die Europäische Kommission zu den geplanten Justizgesetzen in Ungarn sagt,

[Marc Vallendar (AfD): Das hat nichts mit dem Gesetz hier zu tun!]

spielt da eine Rolle, wo es um Gewaltenteilung geht. Das ist der Mechanismus, der die parlamentarische Demokratie einbettet und auf den wir großen Wert legen müssen.

[Zuruf von Marc Vallendar (AfD)]

Die Gewaltenteilung zwischen Legislative, Judikative und Exekutive ist einerseits horizontal, auch vertikal – Bund, Länder etc. – und die Beschränkung wirtschaftlicher Macht durch Kartellämter oder im Medienrecht. Diese Gewaltenteilung kommt nicht erst seit Montesquieu verschiedentlich unter Druck – ich habe gerade Beispiele genannt.

Wir kennen ein sehr infernalisches Beispiel, das mit den anderen so gut wie gar nichts zu tun hat; ich will das auch nicht als Vergleich verstanden wissen: Es gab Abgeordnete, die haben in Ansehung des Wichtigsten, worüber sie möglicherweise verfügen können, nämlich in Ansehung des eigenen Todes, am 23. März 1933 unweit von hier in der Kroll-Oper über das Ermächtigungsgesetz von Adolf Hitler entschieden. Da ging es im Kern um eine Frage: um die vollständige Aushebelung parlamentarischer Kontrollrechte.

Bevor Sie jetzt dazwischenrufen – das fände ich sehr unangemessen von der AfD – sollten Sie lieber zur Kenntnis nehmen, was ich davon halte: dass Sie nämlich rot anlaufen und zum Fußboden gucken und nicht dazwischenbrabbeln.

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und den GRÜNEN – Georg Pazderski (AfD): Was soll das denn? Reden Sie keinen Unsinn, Herr Schneider!]

Diese Einbettung der Parlamentsreform – ich gestatte keine Zwischenfragen –, dieser Grundkonsens keine Beschränkung parlamentarischer Kontrollrechte war das eine Axiom.

[Zuruf von der AfD]

(Torsten Schneider)

Der zweite Punkt war: Wie kriegen wir es gleichwohl hin, diese Kontrollrechte nach wie vor auszuüben?

[Georg Pazderski (AfD): Wie in der DDR!]

– In Ansehung des Umstands – ich weiß, Sie sind nervös –, dass 81 Mitglieder der Kommunistischen Fraktion 1933 gar nicht mehr im Parlament oder in der Kroll-Oper waren, weil sie im KZ saßen oder um ihr Leben auf der Flucht fürchten mussten, 26 Mitglieder der SPD-Fraktion; 94 haben gestanden: Schweigen Sie und schämen Sie sich!

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und den GRÜNEN – Zurufe von der AfD]

250 Mitglieder von Parlamenten in Deutschland, die der AfD angehören, verdienen mehr, als wir hier verdienen. Also hören Sie doch auf zu brabbeln!

[Marc Vallendar (AfD): Was haben denn die Abgeordneten der Paulskirche bekommen?]

Wie haben wir das weitergesteuert? – Das werden Ihnen die Kolleginnen und Kollegen noch sagen. Wir kommen zu der Erkenntnis,

[Georg Pazderski (AfD): Hören Sie auf mit Ihrer Luftnummer!]

dass selbstverständlich die Arbeit ausgeweitet werden muss, um dem Anspruch gerecht zu werden, keine Abschwächung der parlamentarischen Kontrollrechte zu erleben. Deshalb werden die Ausschüsse und das Plenum länger tagen, deshalb wird es mehr Plenarsitzungen geben.

Nun zu der von Ihnen so sehr adressierten Diätenhöhe: Bisher haben Sie sich noch gar nicht gegen die Höhe der Diäten ausgesprochen, sondern immer den Kontext hergestellt, dass es um die Verkleinerung des Parlaments gehe. Ich habe Ihnen das erläutert: 29 000 Einwohner

[Karsten Woldeit (AfD): 22!]

werden von einem Berliner Parlamentarier vertreten. Das ist Platz acht, und damit genau die Mitte der Landesparlamente. Deshalb gibt es gar keine Veranlassung, sein Licht unter den Scheffel zu stellen.

Die objektive Stellgröße für diese Parlamentsreform war das Einrücken in den Durchschnitt der Länderparlamente. Das würde bedeuten, dass wir über eine Diät reden, die heute bei 6 755,56 Euro

[Zuruf von Marc Vallendar (AfD)]

und am 1. Februar 2020 bei 6 950 Euro liegen würde. Das – das haben die Fraktionsberatungen ergeben – haben wir uns auferlegt: Das lassen wir so nicht stehen, weil wir hinsichtlich der Versorgung nicht in die Mitte der Länder rücken, sondern das Schlusslicht bleiben wollten. Deswegen haben wir uns auferlegt, 700 Euro weniger im Monat zu nehmen

[Oh! von der AfD]

trotz des politischen Anspruchs, im Länderdurchschnitt zu verweilen.

[Marc Vallendar (AfD): Plus Nebenverdienst! – Zuruf von der SPD: Treten Sie doch zurück!]

Sie werden uns nachher aufklären, wie Sie auf die Idee kommen, in sechs Fachausschüssen – denn das würde es bedeuten – 180 000 Verwaltungsmitarbeiter zu kontrollieren, die 31 Milliarden Euro pro Jahr verausgaben. Das, was Sie hier anstreben – da schließt sich der Kreis –, wäre kein Parlamentarismus, das wäre die Simulation von parlamentarischer Kontrolle.

[Frank-Christian Hansel (AfD): Völliger Unsinn!] Vielen Dank!

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und den GRÜNEN – Vereinzelter Beifall bei der CDU und der FDP]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Vielen Dank! – Für die AfD-Fraktion hat der Abgeordnete Trefzer jetzt die Gelegenheit zu einer Zwischenbemerkung. – Bitte schön!

[Zurufe von der SPD]

Martin Trefzer (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin! – Meine Damen und Herren! Lieber Herr Schneider! Ich glaube, Sie haben mit Ihrer Mahnung vor einer kommenden Diktatur als Begründung für eine Diätenerhöhung niemanden in diesem Hause überzeugt.

[Beifall bei der AfD – Beifall von Andreas Wild (fraktionslos)]

Schlimmer noch: Sie instrumentalisieren die Machtergreifung der Nationalsozialisten, die Zerstörung der Weimarer Demokratie für Ihre Diätenerhöhung. Das ist ein wirklich schäbiges Stück, das Sie hier aufführen; ein ganz schäbiges Stück ist das hier!

[Beifall bei der AfD – Beifall von Andreas Wild (fraktionslos)]

So können wir nicht mit unserer Geschichte umgehen. Wie weit muss man sich eigentlich als Vertreter einer ehemaligen Arbeiterpartei von der arbeitenden Bevölkerung entfernt haben, um die Chuzpe zu haben, den Berlinern dieses Gesetz vorzulegen, Herr Schneider? – Sie haben ausgeführt, dass die Mehrbelastung der Abgeordneten die Diätenerhöhung rechtfertigt. – Ich habe mir einmal die Mühe gemacht, die Mehrarbeit, die auf uns Abgeordnete zukommt, ins Verhältnis zur Diätenerhöhung zu setzen: Im Jahr 2020 kommen auf einen Abgeordneten, der in drei Ausschüssen aktiv ist, 96 Stunden Mehrarbeit zu, ab dem Jahr 2021 dann 134 Stunden